

Nr. 2 / März 2017

Den Marshallplan mit Afrika beim Wort nehmen

VENRO fordert kohärente Afrikapolitik der Bundesregierung

Mit dem im Januar 2017 veröffentlichten Marshallplan mit Afrika (Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft) möchte Bundesminister Dr. Gerd Müller eine Debatte über die zukünftige Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent anregen. In einer erneuerten afrikanisch-europäischen Partnerschaft sollen die Geber-Nehmerbeziehungen zwischen beiden Kontinenten aufgelöst und durch eine neu zu vereinbarende Kooperation gleichberechtigter Partner ersetzt werden. Minister Müller betont die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten sowie ihre Potenziale, eigene Lösungen für ihre Herausforderungen zu finden. Dabei wird Afrika nicht nur mit seinen Problemen, sondern vor allem als Kontinent der Chancen dargestellt.

VENRO begrüßt den Vorstoß des Ministers, die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika zu erneuern. Da seine Vorschläge jedoch nicht mit den anderen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt sind, bleibt offen, welche konkreten politischen Auswirkungen die Debatten um diesen Marshallplan tatsächlich haben werden. Noch gelten für die Bundesregierung die 2015 beschlossenen ressortübergreifenden Leitlinien für die Afrika-Politik und auf europäischer Ebene die seit 2007 bestehende Afrika-EU-Strategie.

In den für eine Kooperation mit Afrika so wichtigen Bereichen der Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik und ebenso in der Migrationspolitik fehlen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Gestaltungsmöglichkeiten. Für eine neue Partnerschaft zwischen Afrika und Europa ist eine kohärente Politik auf europäischer Ebene notwendig, die ressortabgestimmte Ansätze innerhalb der Bundesregierung voraussetzt.

Umsteuern in der Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik

In den Mittelpunkt des Marshallplans stellt Bundesminister Müller die wichtige Frage, wie in Afrika – ohne dabei die Umwelt zu zerstören – jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs entstehen können, um der Jugend eine Perspektive zu bieten. In den vorgeschlagenen Maßnahmen spielen deutsche Unternehmen eine prominente Rolle. Aus der Sicht von VENRO werden Beschäftigungseffekte jedoch vor allem in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie in kleinen und mittleren afrikanischen Unternehmen erzielt werden können. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sollte darum die afrikanische Wirtschaft im Mittelpunkt stehen, wobei deutsche Unternehmen über Direktinvestitionen, die Lieferung von Investitionsgütern und Dienstleistungen beteiligt sein können. In jedem Fall müssen diese Investitionen an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ausgerichtet sein. Des Weiteren bedarf es einer wirtschaftlichen Stärkung von Frauen durch einen für sie verbesserten Zugang zu Produktionsmitteln (Land- und Erbrechte, Wasser, Saatgut) und Krediten.

Um Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem im ländlichen Raum zu schaffen und Wertschöpfungsketten in Afrika vor Ort zu stärken, müssen die europäische Handels- und Agrarpolitik grundlegend verändert und an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 ausgerichtet werden. Agrarexporte dürfen nicht die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft bedrohen, die mit Billigprodukten aus Europa nicht konkurrieren kann.

Minister Müller schlägt vor, entwicklungsfreundliche Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu vereinbaren und

umzusetzen. Die bislang verhandelten Abkommen aber gefährden Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, verhindern den Aufbau junger Industrien und führen zu einer Zersplitterung regionaler Märkte. Die auch für die ärmsten Länder vorgesehene Zollfreiheit gegenüber Produkten aus der EU verdrängt heimische Produzenten, verstärkt die Importabhängigkeit und gefährdet das Recht auf Nahrung.

VENRO fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht zu ratifizieren und auf EU-Ebene darauf zu drängen, dass den afrikanischen Partnern beim Afrika-EU-Gipfel im November 2017 ein Moratorium der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und eine gerechtere Neuausrichtung der Handelsbeziehungen angeboten werden.

Positive Aspekte von Migration herausstellen

Der Migrationspolitik ist im Marshallplan kein eigenes Kapitel gewidmet. Trotzdem stehen die drei Säulen des Marshallplans „Wirtschaft, Handel, Beschäftigung – Frieden, Sicherheit und Stabilität – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“ in engem Zusammenhang mit den globalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Zudem wurde der Marshallplan in einem politischen und medialen Kontext verfasst, der dem Thema „Bekämpfung von Fluchtursachen“ große Aufmerksamkeit schenkt. Dabei steht die Sorge im Vordergrund, dass sich viele Menschen aus Afrika aufgrund mangelnder Perspektiven auch auf den Weg nach Europa machen.

Aus Sicht von VENRO sollten positive Aspekte von Migration nicht ausgeblendet werden, denn eine gut gelenkte Migration kann nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung in Afrika unterstützen. Hier spielen vor allem Rücküberweisungen, erworbene Bildung, gewonnenes Know-how und kultureller Austausch eine wichtige Rolle. Auf die entwicklungsförderliche Gestaltung von Migration nimmt auch die Agenda 2030 explizit Bezug.

Minister Müller schlägt als neue Form der Zusammenarbeit „Reformpartnerschaften“ vor:

„Künftig arbeiten wir mit den Staaten intensiver zusammen, die reformorientiert sind und das vor allem durch Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und politische Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger unter Beweis stellen.“ Die Länder, die im Marshallplan als reformorientiert benannt sind, umfassen jedoch auch Staaten, die von der EU für sogenannte Migrationspartnerschaften ausgewählt wurden. Hierzu zählen beispielsweise Tunesien und der Senegal. In den Migrationspartnerschaften geht es sehr stark um Migrationskontrolle, Abwehr und Rückführung von Migrantinnen und Migranten. Entwicklungsgelder werden als Anreiz für eine restriktive Migrationspolitik in Aussicht gestellt.

VENRO fordert von der Bundesregierung – national und auf europäischer Ebene –, die Zusammenarbeit zur Migrationskontrolle mit korrupten Regierungen und Autokraten wie im Sudan oder in Eritrea zu stoppen. Diese Regime treiben Menschen in die Flucht. Die Vergabe von Entwicklungsgeldern darf nicht an Rücknahmeabkommen und Grenzkontrollen gebunden werden.

Entfaltung und Beteiligung der Zivilgesellschaft stärken

Mit der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft beschäftigt sich der Marshallplan in seinen Analysen kaum. Aus Sicht von VENRO bieten gerade zivilgesellschaftliche Akteure Menschen, die benachteiligt sind, ausgegrenzt werden oder besonders schutzbedürftig sind, Unterstützung und die Möglichkeit, sich für ihre Rechte und Interessen einzusetzen. Für diese Aufgaben brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen Handlungsräume. Eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft ist Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft und eine Grundbedingung für nachhaltige Entwicklung. Die Afrika-EU-Partnerschaft, die seit 2007 besteht, setzt auf die Beteiligung der Menschen auf beiden Kontinenten („People to People Centred Approach“). In vielen afrikanischen und europäischen Ländern erfährt die Zivilgesellschaft jedoch Repressionen und/oder zunehmende bürokratische und rechtliche Einschränkungen. Die im Marshallplan

geforderte freie Entfaltung der Zivilgesellschaft unterstreicht VENRO ausdrücklich.

VENRO fordert von der Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene und in bilateralen Regierungsverhandlungen für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume stark zu machen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft einzufordern. Die NRO müssen auch Raum für Advocacy- und Menschenrechtsarbeit erhalten und dürfen nicht auf karitative Zwecke beschränkt werden.

Die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika auf eine neue Basis stellen

In diesem Jahr hat die Bundesregierung vielfältige Möglichkeiten – auf nationaler Ebene, im europäischen und internationalen Kontext –, die Partnerschaft gemeinsam mit Afrika neu zu gestalten und die genannten Herausforderungen anzugehen:

- die deutsche G20-Präsidentschaft,
- den Ko-Vorsitz beim Global Forum on Migration and Development,

- den Ko-Vorsitz der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungskooperation (GPEDC),
- den Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung,
- die Neukonzeption des europäischen Entwicklungskonsenses,
- die Verhandlungen eines Nachfolgeabkommens von Cotonou,
- die Umsetzungsprozesse der Agenda 2030,
- und den Afrika-EU-Gipfel im November.

Dazu ist eine bessere Abstimmung zwischen den Regierungsressorts und auf EU-Ebene erforderlich. Die genannten Prozesse bieten auch die Möglichkeit, die afrikanischen Regierungen einzubeziehen und deren Schwerpunkte in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland/Europa und Afrika zu berücksichtigen. Die Bundesregierung sollte dabei der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft gerecht werden und sie angemessen beteiligen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
 Stresemannstraße 72
 10963 Berlin
 Tel.: 030/2 63 92 99-10
 E-Mail: sekretariat@venro.org
 Internet: www.venro.org

Redaktion

Dr. Bernd Bornhorst, Anke Kurat, Mathias Mogge, Heike Spielmans

Endredaktion

Steffen Heinzelmann

Berlin, März 2017